Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

10 Goldpfennig = 100 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonnabend, 28. Juni 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 48. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postschck Berlin Nr. 107041. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 48. Für unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Beweisanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

28. 6. m Nr. 300 (100 Milliarden) 63. Jahrgang.

Das Agrarprogramm.

Gesetzlicher Schutz der Landwirtschaft, aber keine Schädigung der Verbraucher.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstagsaussprache über die Not der Landwirtschaft nahm Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Graf v. Kanitz das Wort zu folgender Erklärung der Reichsregierung:

Die Reichsregierung erkennt die furchtbare Notlage der Landwirtschaft und ihrer Nebengewerbe an. Sie nimmt zu den Hauptpunkten der Interpellationen folgende Stellung ein:

Kreditnot und Abhilfe. Die Reichsbank kann mit ihren Krediten nicht weiter gehen. Die nächste Aufgabe der landwirtschaftlichen Kreditpolitik muß zwei Aufgaben: einmal die Bereitstellung von Realkredit zwecks Ablösung der Schäer und der Reichsbank, zweitens Wiederbeschaffung der Betriebskredite zur weiteren Produktionssteigerung der Landwirtschaft; zweitens als dringendste Aufgabe die Finanzierung der Ernte-arbeiten. Für die zu lösenden Finanzierungsaufgaben erstreckt die Reichsregierung die Aufgabe der Rentenbank, die als Währungsbank nach dem Dawes-Gutachten zu betrachten sind. Die Beratungen über diesen Gesetzentwurf sind noch im Gange.

Wenn die einschlägigen Gesetze schnellstens erledigt werden, wird sich die Möglichkeit bieten, noch einen als Mittel der Reichsbank für eine Finanzierung der diesjährigen Ernte im Einklick darauf zu erhalten, daß die Neuordnung aus den vorgeschlagenen finanziellen Maßregeln zu einem nachfolgenden Termin in Aussicht steht. Das weiteren wird eine schnelle Regelung des Sachverständigen-Gutachtens den Weg öffnen, unter Umständen Auslandskredite für die deutsche Landwirtschaft heranzuziehen, wenn auch der übertriebenen Erwartungen auf diesem Gebiete gewarnt werden muß.

Steuern. Die Reichsminister der Finanzen hat die Finanzämter wiederholt angewiesen, beim Vollzug der Steuergesetze und namentlich bei der Stundung und Beitreibung von Steuern mit wirtschaftlichem Verständnis zu verfahren. Eine generelle Stundung sämtlicher Steuern ist nicht möglich, da eine solche naturgemäß das ganze Gebäude der Reichs- und Staatsfinanzen völlig erschüttern würde. Auf dem Gebiete der Einzelsteuern sind die Finanzämter angewiesen, den konkreten des Einzelfalles bei den Herbst zu finden, wenn es sich um erhebliche Beträge handelt und gegenwärtig keine Mittel zur Bezahlung flüssig gemacht werden können. Die Einkommensteuervorauszahlungen und die Vermögensteuer sollen im Einzelfalle auf Antrag gestundet werden, wenn die flüssigen Mittel nicht vorhanden sind und die Verzinsung von Betriebsmitteln die Aufrechterhaltung des Betriebes gefährden würde. Der Betriebsrat ist Zeitbetrieben verbraucht werden müßten, die dem Steuerpflichtigen billigerweise und unter Berücksichtigung des Fiskus und der Höhe der Steuer nicht zugemutet werden können. Der Reichsminister der Finanzen ist bereit, mit der Regierung der Landwirtschaft die Frage erneut zu erörtern, inwieweit der Nachweis über das Vorliegen der letzteren Voraussetzung erleichtert werden kann. Zum Zwecke der Berichtigung des Wohnbeitrages haben eingehende Verhandlungen mit den landwirtschaftlichen Organisationen stattgefunden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird nach Auffassung des Reichsfinanzministers sein, daß eine gewisse Gleichmäßigkeit der Wohnbeitragswerte im ganzen Reiche eintritt, sowie eine nicht unerhebliche Senkung der Wohnbeitragswerte. Die berichtigten Wohnbeitragswerte werden weiterhin durch Abschläge bis zu 40 Prozent gemindert. Was die steuerliche Behandlung des Wohnungsbaues anlangt, so gilt im allgemeinen das bereits für die Landwirtschaft Gesagte.

Zollpolitik. Die Wünsche der Landwirtschaft auf Herabsetzung der Eisenbahn-Güter-Tarife für landwirtschaftliche Produkte und landwirtschaftliche Produktionsmittel bilden den Gegenstand eingehender Beratungen zwischen den beteiligten Reichsressorts. Ob und inwieweit ihren Wünschen Rechnung getragen werden kann, läßt sich gegenwärtig noch nicht übersehen.

Ausfuhr-Erleichterungen. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte bedeutend zu erleichtern, obwohl eine durchgreifende wirtschaftliche Entspannung dadurch nicht zu erreichen ist.

Allgemeine Handels- und Wirtschaftspolitik. Die Reichsregierung ist sich darüber klar, daß die gegenwärtig zumeist weit unter dem Weltmarktniveau liegende Preisgestaltung für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit einem völligen Ruin des deutschen Bauernstandes enden muß, falls nicht alle Wege zur Abhilfe alsbald beschritten werden. Die Reichsregierung ist sich des Ernstes der Lage, besonders im Interesse der Verbraucherschaft, wohl bewußt. Die Aufrechterhaltung einer intensiven Bewirtschaftung der deutschen Scholle ist das Kernstück der Ernährungslage des deutschen Volkes überhaupt.

Die Reichsregierung hat deshalb beschlossen, alsbald die erforderlichen Gesetzentwürfe den gesetzgebenden Körperschaften zugehen zu lassen, die die Verhinderung einer weiteren Extensivierung der landwirtschaftlichen Wirtschaftsform sowie den Schutz der heimischen Landwirtschaft überhaupt zu gewährleisten geeignet sind. Die Reichsregierung ist sich darüber klar, daß eine gleichbleibende und durch Erschütterungen auf dem Weltmarkte möglichst unberührte Preisgestaltung für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht nur im Interesse der Landwirtschaft selbst, sondern ebenso im Interesse der Verbraucherschaft liegt. Eine solche gleichmäßige Preisgestaltung läßt sich aber nur durch eine Gesetzgebung gewährleisten, die die Preisunterschiede zwischen ausländischen und inländischen Produkten für den Fall des bald zu erwartenden Eintritts fester Wirtschaftsgrenzen ausgleicht, und auf einer für die heimische Produktion erträglichen Höhe hält. Damit dürfen eine solche produktionserhaltende Gesetzgebung behaftet noch keinen leidenden Verbraucherschaft, sie geschädigt werde, wird eine Entspannung der Preisgestaltung auf anderer Seite beschafft werden durch eine tunlichste Erleichterung auf dem Gebiete der Verbrauchsbelastung.

Die Reichsregierung ist überzeugt davon, daß sämtliche Parteien des Reichstags in gemeinsamer Erkenntnis des Ernstes der Lage von jeder Stellungnahme aller parteipolitischen Gegensätze an die Lösung dieser Schicksalsfrage für das deutsche Volk herangehen werden. (Beifall.)

*

Im übrigen setzte das Haus bei gähnender Leere die Agrardebatte fort. Die dreiviertelstündige Redezeit wurde von allen Fraktionen in Anspruch ausgenutzt, daß die Debatte sich bis in die späten Abendstunden hinzog. Es sprachen noch der Deutschnationale Schiele, der Zentrumsabgeordnete Schmidt-Köpenick, der Zentrumsabgeordnete Peter Kerp, der Volksparteiler Hepp, weiter Vorsitzender des Reichslandbundes, der Kommunist Obendiek, der Demokrat Dietrich-Baden, der Volksparteiler Lang, ferner die Abgg. Bayerdörfer (Bayr. Volksp.), Baumeister (Wirtsch. Ver.), Kunze (D.-Soz.).

Der Deutschnationale Hilpert, Richthofen und der Nationalsozialist Weidenhöfer bezeichneten die Regierungserklärung als nicht ausreichend. — Damit schloß die Aussprache, und das Haus vertagte sich.

Die heutige, bereits um 10 Uhr beginnende Sitzung ist der Not der Ausgewiesenen und der Aufwertungsfrage vorbehalten. Dann wird sich der Reichstag bis zur Einbringung der Gutachtenausführungsgesetzentwürfe vertagen.

Rechmalige Militärkontrolle.

Deutschnationaler Widerspruch.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion teilt mit:

Die von der deutschnationalen Fraktion beantragte Besprechung mit dem Herrn Reichskanzler hat Freitag in Gegenwart des Außenministers und des Reichswehrministers stattgefunden. Die Vertreter der Fraktion machten die ernstesten Bedenken geltend, die sie gegen eine einseitige Aufforderung der Regierung zu einer nochmaligen Wiederholung der Militärkontrolle haben würden. Die vielen tatsächenden darauf hin, daß diese Forderung rechtlich unbegründet sei, und erinnerten an die Note der deutschen Regierung vom 9. Januar, in der diese die gleiche Ablehnung vertrete und die bestimmte Erwartung ausgesprochen hat, daß die von ihr zugestimmte Befristigung von 10. bis 12. Januar nun endgültig die letzte Konnotation bedeutung dieser Art sein würde. Gehe die Regierung jetzt wieder von diesem Standpunkt ab, so sei dies ein schwerer Schlag gegen das deutsche Ansehen. Die nunmehr geforderte nochmalige Inspektion würde in den weitesten Kreisen des Volkes auch über die Deutschnationalen Volksparteiler hinaus wie auch bei der Reichswehr schwere Beunruhigung hervorgerufen.

Auch die Antworten des Herrn Reichskanzlers und der Herren Minister ging hervor, daß der Text der bis zum 30. dieses Monats in erlassenen Note noch nicht feststeht. Durch die Mitteilung über die bei der Regierung bestehenden Absichten sind die schweren Sorgen und Bedenken, mit denen die Deutschnationalen der Note der deutschen Regierung entgegenstehen, leider nicht zerstreut worden. Die deutschnationalen Vertreter haben deshalb seine Unterschrift gefassen, daß gegen die Annahme der gestellten Forderung von der Fraktion entschiedener Widerspruch erhoben werde.

Rheinischer Provinziallandtag.

sh. Düsseldorf, 27. 6. (Eigenbericht.) Der Rheinische Provinziallandtag nahm eine Entschließung an, die von den Fraktionen der Arbeitsgemeinschaft des Zentrums und der Sozialdemokraten eingebracht wird und in der es heißt: Die besonderen Lasten, die auf der Bevölkerung des Rheinlandes liegen, sind so groß, daß sie von ihr allein nicht länger getragen werden können. Sie müssen von ganzen deutschen Volke übernommen und sind gerecht verteilt werden. Der Rheinische Provinziallandtag sieht nach Lage der Dinge die einzige Möglichkeit zur Erreichung dieses Zieles darin, daß die auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens von der Reichsregierung eingeleiteten Verhandlungen mit Nachdruck fortgeführt werden. Die nunmehr geforderte nochmalige Inspektion würde in den weitesten Kreisen des Volkes auch über die Deutschnationalen Volksparteiler hinaus wie auch bei der Reichswehr schwere Beunruhigung hervorgerufen.

Auch die Antworten des Herrn Reichskanzlers und der Herren Minister ging hervor, daß der Text der bis zum 30. dieses Monats in erlassenen Note noch nicht feststehe. Durch die Mitteilung über die bei der Regierung bestehenden Absichten sind die schweren Sorgen und Bedenken, mit denen die Deutschnationalen der Note der deutschen Regierung entgegenstehen, leider nicht zerstreut worden. Die deutschnationalen Vertreter haben deshalb seine Unterschrift gefassen, daß gegen die Annahme der gestellten Forderung von der Fraktion entschiedener Widerspruch erhoben werde.

Londoner Markkurs:

1 Pfund: 18,050 Billionen Mark.

Für und gegen Herriot.

Pariser Pressebetrachtungen.

st. Paris, 27. 6. (Eigenbericht.)

Die Erklärungen, welche Herriot gestern im Senat und Kammer als Antwort auf die Fragen der Herren Halbron und Ruby gegeben hat, beschäftigen auch heute die französische Presse. Die im Verhältnis zur großen Rechtspresse weit schwächere Linkspresse führt eigentlich nur ein einziges Argument an: Man habe den im Zentralen Block fünf Jahre arbeiten lassen, und er habe nur Mißerfolg erzielt. Man rechne also auch Herriot etwas mehr Zeit.

Die Linksblätter zeigen sichtlich weit mehr Interesse für innere Politik und Arbeiterfragen. Sie behandeln daher ausführlich die Amnestien, deren möglichste Erweiterung sie wünschen, die Fragen der Staatsfinanzen, deren sicherlich Stand sie den nationalen Block vorwerfen, in krassen Angriffen, die Genfer Debatten über den Abrüstungsbericht, wobei sie Angriffe auf Deutschland anwenden, das Syndikatsrecht der Beamten, von dem die gemäßigten Linksblätter behaupten, daß es einen Streik nicht gestattet, die Kirchenfrage, die Herriot, von denen sie sehr begeistert sind, die Schaffung eines Wirtschaftsrats, der die politische Demokratie zu einer sozialen machen soll usw.

Die Rechtspresse sagt ihre vernichtenden Tadel gegen die Mißerfolge Herriots in Chequers und Brüssel fort. Senator Hubert hat sichtlich namens Poincaré die gestrige Anfrage gestellt, wiederholt Alex für Clemenceau sprach. Da Herriot sich alle Fragen von irgendeiner Bedeutung unbeantwortet gelassen hat, fällt es den außerordentlich geschätzten und erfahrenen Journalisten der Rechtspresse leicht, ihre Behauptungen von der vollkommenen Niederlage Herriots gegenüber dem weit überlegenen Mac Donald plausibel zu machen und auch das Mißtrauen Belgiens weiter betonen zu können.

„Débats" raten dem Ministerpräsidenten, keine Armee irdischketer Begleiter mitzunehmen und vermuten daran, wie Briand sich die Ergebnisse seiner Washingtoner Konferenz im voraus verbarb, weil er auf der Ueberfahrt sehr viel sprach, was alles brachtlos nach Amerika gemeldet wurde und seinen Mißerfolg vorbereitete. „Temps" bedauert sich mit den Kritiken, welche die „geschickt" rauchende Diplomatie im Grafe" gefunden und verweist darauf, herlei schade je nichts, habe ja Lord George Briand gleichfalls Geschwätzen gelehrt, ohne daß die Ergebnisse gelitten hätten.

Die Kirchenpolitik behandelt heute „Figaro" besonders ausführlich. Das Blatt beklagt auf diese Weise die Gewinnungen, welche sich Frankreich im Hinblick auf die Volksabstimmung von 1935 zum Ziele gesetzt habe. Doch man dürfe heute die dumme Politik Cox nicht aufnehmen, denn heute stehen in Frankreich nicht mehr unter sich, sondern es stehen Elsaß-Lothringen, die Saar und das Rheinland mit am französischen Tisch. Nach Ansicht des „Figaro" müßten die Räumungsfristen noch nicht bestimmt, aber auch nicht über eine Räumung des Rheinlandes seien die Empfindungen der Rheinländer wichtig, und diese seien Frankreich sehr freundsch

*

Die Minister und Unterstaatssekretäre sind heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue im Elysée zu einem Ministerrat zusammengetreten. Herriot berichtete über den Stand der auswärtigen Angelegenheiten. Ferner wurden bedeutende Renderungen in der Besetzung der höheren Posten in der Verwaltung, besonders in den Präfekturen, beschlossen.

„Das Wort hat nunmehr Deutschland."

Presseberichte bei Herriot

Paris, 27. 6.

Herriot empfing heute abend eine Anzahl Pressevertreter am Quai d'Orsay. Er erklärte, daß er bezüglich der Verhandlungen von Chequers und Brüssel auf die Erklärungen verwiesen wäre, die er heute vor der Kammer und Senat gegeben habe. Er bereichte also die falschen und tendenziösen Nachrichten, die ein Teil der Presse über seine diplomatischen Unterhaltungen veröffentlicht hat, als leere und vote Erfindungen.

Ueber die heutige Unterhaltung mit dem deutschen Botschafter bemerkte Herriot wolkenumwebt Stillschweigen und erklärte lediglich: „Das Wort hat nunmehr Deutschland." Herriot fügte sodann hinzu, die Absichten der französischen Regierung bezüglich der Mieumwerträge gingen nicht darauf hinaus, daß vor der Konferenz von Sachen, die am 16. Juli zusammentreten sollen, ein Zwischenzustand geschaffen werde. Das Interesse Deutschlands wie Frankreichs und Belgiens, so fügte er hinzu, die Abkommen zu verlängern, so wie sie heute zwischen den Ländern seien, so daß die London Konferenz sachliche Arbeit verrichten könnte, das heißt, sich eingehend Abgrenzen zu ergreifen, um der Sachverständigenplan zur Ausführung gelangen zu lassen.

Es sei zu wünschen, daß Deutschland von dem gleichen Willen beseelt sei wie alle Alliierten, nämlich das Sachverständigengutachten so schnell wie möglich zur Ausführung zu bringen und insbesondere noch vor dem 16. Juli die gesetzlichen Maßregeln zur Annahme zu bringen, die in dem Sachverständigengutachten vorgesehen seien. Im gegenteiligen Fall sei es klar, daß die London Konferenz an Nutzen verliere. Bereits jetzt seien die alliierten Kanzleien im Begriff, sich über die Vorbereitung der Konferenz zu einigen. Herriot erklärte schließlich nochmals, daß nunmehr Deutschland das Wort habe.

Das Urteil im Leipziger Hochverratsprozeß.

rf. Leipzig, 27. 6. (Eigenbericht) Nach zweistündiger Beratung wurde das Urteil gesprochen. Bau, Ullmann und Hielle wurden wegen hochverräterischen Komplotts nach § 83 des Strafgesetzbuches und hochverräterischer Konspiration nach § 84 sowie Verbrechens gegen § 6 des Sprengstoffgesetzes, der Mitangeklagte Meyer lediglich des Verbrechens gegen § 6 des Sprengstoffgesetzes verurteilt. Hiernach werden erkannt gegen Bau auf 7 Jahre Zuchthaus und 7 Jahre Ehrverlust, gegen Ullmann, Hielle und Meyer je 6 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust. Auf die erkannte Strafe werden jedem Angeklagten 6 Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. Die Angeklagten haben die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Der Preußische Landtag beriet den Justizetat weiter. Die heutige Sitzung gilt dem gleichen Gegenstand.

England zu Herriots Erklärungen.

Sanktionsfrage. — Räumung. — Bündnissystem.

a. London, 27. 6. (Eigenbericht.)

Die Erklärungen Herriots in der Kammer gaben auf englischer Seite zu einigen bemerkenswerten Kommentaren Veranlassung. In bezug auf die „Sanktionsfrage" führt ein Bericht des „Manchester Guardian" aus, daß die Erklärungen Herriots, wenn Worte überhaupt einen Sinn hätten, nur bedeuten können, daß Max Donald den Grundsatz zur Verordnung neuer „Sanktionen" anerkenne, falls deutsche „Verfehlungen" bei der Durchführung des Berichts eintreten. Das ist bezeichnend, denn England habe bisher immer den Standpunkt vertreten, daß der Bericht außerhalb des „Vertrages" stehe und die Zufriedenung Deutschlands freiwillig sein müsse, so daß also von „Sanktionen" irgendwelcher Art keine Rede sein könne.

In bezug auf die Räumungsfrage habe Herriot durchaus den gleichen Standpunkt eingenommen wie Poincaré. Frankreich stehe auf dem Standpunkt, daß diese Frage zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien unmittelbar zu verhandeln sei ohne Einmischung Englands. Sobald derartige Verhandlungen zwischen Paris und Berlin begannen, sei zu erwarten, daß Frankreich an Stelle der Besetzung andere Garantien von Deutschland verlangen werde.

In bezug auf das von Herriot vorgeschlagene Bündnissystem schreibt das Blatt, der Schwerpunkt liege darin, daß Deutschland nicht sofort, sondern erst später in das Bündnis aufgenommen werden solle. Es handelt sich also in Wirklichkeit um die alte französische Forderung eines gegen Deutschland gerichteten Garantievertrages. Es sei auch schwer zu erkennen, unter welchen Bedingungen der Eintritt Deutschlands später erfolgen, und worüber entschieden solle, ob ein Angriff Deutschlands vorliegt. Frankreich wolle diese Entscheidung offenbar in die Hände des Völkerbundsrates legen, was jedoch in Wirklichkeit nichts anderes bedeuten würde, als daß Frankreich selbst entscheiden wolle, ob es von Deutschland angegriffen werde. Kurz, dieser ganze Plan bedeute nichts anderes, als daß der Völkerbund dazu benutzt werden solle, das frühere militärische Bündnissystem wieder herzustellen.

Die an dieser Stelle vertretene Auffassung, daß man ein Bergrößerungsglas zu Hilfe nehmen muß, um überhaupt einen Unterschied zwischen den Forderungen Herriots und Poincarés zu erkennen, wird nun auch von englischer Seite bestätigt. Selbstverständlich verlangt England trotzdem, daß Deutschland den Bericht annehmen muß, ohne über die politische Frage Klarheit zu verlangen. Wie jedoch eine deutsche Regierung, deren Aufgabe es ist, die deutschen Interessen zu vertreten, diese Verantwortung übernehmen könnte, erscheint immer rätselhafter.

Heute Mieumverhandlungen.

a. Essen, 27. 6. (Eigenbericht.) Die neuen Mieumverhandlungen, die für heute in Düsseldorf angesetzt waren, sind auf Wunsch der Sachverständigenkommission des Bergbauvereins Essen auf morgen verschoben worden. Wie aus Düsseldorf verlautet, waren der Leiter der Mieum, Fergnson, sowie die Leiter der belgischen Kommission, Rannacrts, gestern abend von Paris kommend, Brüssel noch nicht zurückgekehrt. Man bringt ihre plötzliche Reise zu dem Sitz ihrer Regierungen, kurz vor den neuen Mieumverhandlungen, mit den Gegensätzen in Verbindung, die bei den Besprechungen zwischen Herriot und Theunis aufgetreten seien.

*

Essen, 27. 6. (W. T. B.) Zu dem am Sonnabend, den 28. Juni, beginnenden Verhandlungen der Industrie mit der Mieum erfährt die „Deutsche Bergwerkszeitung", daß eine Einmüligung der deutschen Vertreter in eine Verlängerung der Mieumverträge gänzlich ausgeschlossen sei. Die Werke hätten ihre letzten Kredite verbraucht. Zur weiteren Bereitstellung des Reiches der ihnen zumutenden Kapitalien könnten die industriellen Führer unmöglich die Hand bieten. Die Verantwortung dafür, was aus dieser Situation entstehen werde, falle den Regierungen zu, da lediglich durch Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung eine für die Industrie tragbare Regelung an Stelle der Mieumverträge treten könne.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

Tägl. Geld	2½		27. 6.	26. 6.	27. 6.	26. 6.
Berlin	23¼ G.	24 B	23¼ G.	24 B	Amsterd.	37,56	37,60
Monatsgeld	keine Umsätze		keine Umsätze		Zürich	17,74	17,50
Wochengeld	"		"		Kopenh.	16,57	16,64
London					Oslo	2,95	2,94
Kabel-T.	4,3225	4,3237			Rom	4,32	4,33
Lond. Sht.	4,2925	4,3029			Madrid	19,44	19,46
Paris	5,98	5,29			Wien		
Brüssel	4,60	4,60			Prag	ausl. 66¼	66

New York, Produktenmarkt.

	27. 6.	26. 6.		27. 6.	26. 6.
Baumwolle			Weizen	1,50	1,50
Okt.	15,—	15,—	Weizenmehl	5,50	5,50
Dez.	13,35	13,35	Schmalz	11,77	11,92½
Jan.	13,09	12,80	Speck	74	71
März	12,72	12,58	Dow. Jones	10,87	10,70
Mai	12,50	12,37	Ind.	10,88	10,80
Kaffee	30,25	30,50	Petroleum	10,00	10,00
Juli	29,87	29,50	Tanks	6,50	6,50
Sept.	29,60	29,65	Stand. wh.	13,50	13,50
Dez.	25,80	25,90	Rohzucker	3,75	3,75
Okt.	25,18	25,40	Zucker Inl.	3,53	3,49
Zucker	5 000	3 000		3,68	3,64
Kupfer elektr.	12¼	12¼	Ingwalz	88,50	84,00
Blei	7,00	7,00	Zinn	77,00	77,00
Zinn	5,77	5,75	Baumw. N.Orl.	28,80	29,40

	27. 6.	26. 6.		27. 6.	26. 6.
Weizen, prl.	131½	133½	Mehl, Sp.	5,35—5,70	5,35—5,75
Korn	130½	132½	Schrf. Ingl.	1 sh 5 d	1 sh 5 d
Mais	104	107½	Tonfrach	8 cts.	8 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	27. 6.	26. 6.		27. 6.	26. 6.
Weizen Juli	114½	116	Schmalz, Sept.	11,15	11,20
„ Sept.	116½	117½	Rippen, Juli	9,87½	9,95
Mais Juli	93½	95½	Speck	10,00	10,00
„ Sept.	92½	93½	Lebende Schweine	6,45	6,35
Hafer Juli	53½	53½	Schweine, Mischer	7,15	7,05
„ Sept.	45½	46	Schweine, leichte	7,05	7,00
Roggen Juli	79½	77½	Schweine, schwere	7,30	7,25
„ Sept.	80½	78½	Chicago	23 000	29 000
Schmalz Juli	10,87½	10,92½	Wichita	104 000	120 000

Internationales Arbeitsamt.

Schluß der Aussprache über den Achtstundentag.

Genf, 26. 6. (E. T. B.)

Die heutige Aussprache der internationalen Arbeitskonferenz über den Achtstundentag wurde heute mit einer längeren Rede des Direktors des Arbeitsamtes, Albert Thomas, abgeschlossen. Er ist sich bewußt, daß die Frage des Achtstundentages bezg.

Thomas gab zu, daß formell der deutsche Regierungsvertreter berechtigt sei, die Frage der Arbeitszeit als eine Angelegenheit der deutschen Souveränität zu betrachten, und begründete die Erklärung Lemmans, daß es sich bei der Wiederkehr in Deutschland nur um eine vorübergehende Maßnahme handele. Er verstehe auch, daß Deutschland sich gegen jede neue Kontrolle wehre und habe auch niemals an eine Kontrolle im Sinne einer Arbeitsinspektion eher irgendwelchen gedacht, aber er halte es für unentbehrlich, daß auf Grund von besonderen Vereinbarungen die anderen Völker die Garantie erhielten, daß es sich tatsächlich um vorübergehende Maßnahmen handele.

Thomas erinnerte dann an die gestrige Erklärung des englischen Regierungsvertreters und berief eine Stelle des Sachverständigenurteilens (§ 8 B Teil I), wo es als unerwünscht bezeichnet wird, daß die Alliierten im industriellen Wettbewerb durch höhere Unkosten und auch höhere Gehälter als die deutsche Konkurrenz gehindert würden. Dies bedeute die Forderung einer wirtschaftlichen Gleichgewichts, die bedeute, daß der wirtschaftliche Aufbau Deutschlands nur ein Moment des europäischen Wiederaufbaus sei. Dieses Gleichgewicht wurde aber gefährden durch einseitige Beschlüsse, denn „wenn Sie in dem gleichen Augenblick" so rief Thomas der deutschen Delegation zu, „in dem Sie das Unglücksjahr des Sachverständigenurteilens auffollen Schlußfolgerungen zuwiderlaufen, so bedeuten Sie, welche Verantwortung dann auch auf Deutschland unter dem Gesichtspunkt der Arbeiter- und Sozialfürsorge zurückfällt".

Thomas erinnerte dann an die Resolution der Arbeitergruppe, die nach zur Verzögerung kommen würde und auf die er nicht eingehen könne, bemerkte aber dazu, daß die notwendige Garantie durch internationale Vereinbarungen zwischen den Ländern, die sich gegenseitig Garantien zu geben wahrleistet werde. Als Organ, das diese Garantie bieten könne, begeichnete er die Reparationskommission (!), deren Aufgabe es sei, das wirtschaftliche Gleichgewicht zu gewährleisten.

*

Zu diesen Ausführungen, die eine durchaus falsche Auslegung des Sachverständigengutachtens enthalten, wird heute amtlich mitgeteilt: Die angebliche internationale Gefahr und Bevorzugung derselben nicht auf der deutschen Arbeitsgesetzgebung vom 25. Dezember 1923, hinsichtlich der Verfassungsfrage, sie die deutsche Verordnung gegenüber haben, also auf dem wirtschaftlichen und Wahrungszusammenbruch, auf dem jahrelangen Fehlen einer sachverständigen Behandlung des Reparationsproblems, auf Ruhrbesetzung und Mieumverträgen.

Das Sachverständigengutachten ist nicht als drei Monate nach der deutschen Gesetzgebung erlassen worden, sondern es ist Mieum gezeichnet worden, das mit Mieum gezeichnet wurde, wie Direktor Thomas sagt, sondern vollauf auch materiell das Recht, die Regierung der Arbeitsfrage als eine Angelegenheit der deutschen Souveränität zu betrachten. Es wird sich dagegen, daß etwa unter Verletzung der deutschen Souveränität ihm internationale Bestimmungen in Form von Garantien in dieser Beziehung auferlegt worden, ebenso entschieden wehren, wie schon früher gegen die von Herrn Thomas angesagte internationale Kontrolle der deutschen Arbeitszeit. Nicht zu seinem Begnügen und nicht zu privaten Gewinnzwecken nahm das deutsche Volk eine Verlängerung der Arbeitszeit auf sich, sondern unter dem bitteren Zwange, sich an leben zu erhalten.

Die Trauerfeier für Matteotti.

fr. Mailand, 27. 6. (Eigenbericht.) Die Nationalfeier für Matteotti, die heute um 10 Uhr in 10 Minuten Arbeitsruhe bestand, ist im ganzen Lande würdig begangen worden. In Rom wollfahrtete man zu dem Platze, an dem Matteotti ermordet wurde. Ein Kreuz war auf das Pflaster gemalt worden, das mit Blumen geschmückt wurde. Kinder unter Führung von katholischen Schwestern sangen ein Requiem. Zu Abgeordnetenbuhe fand die Gedenkversammlung der parlamentarischen Opposition statt.

Rauchi hielt die Trauerrede. Dann wurden neben der vereinbarten Tagesordnung, die von den über 100 anwesenden Oppositionellen einstimmig angenommen wurde, Resolutionen verlesen. Sie enthalten sich von der Teilnahme an den parlamentarischen Arbeiten, bis folgende zwei Bedingungen nicht nur versprochen, sondern auch erfüllt sind:

1. Abschaffung der Parteimiliz,
2. Unterdrückung aller Gesetzlosigkeit unter Wiederherstellung der Gesetzautorität für alle.

Am Zeuto hielt der Finanzminister de Stefani seine angekündigte Rede. Auch dem Senat wird ein Vorauszahlung nur für ein halbes Jahr, d. h. bis zum 31. Dezember vorgelegt, wie der Abgeordnetenkammer. Das Budget wird dann für das Jahr der Vorauszahlung 1925/26, der im Januar vorgelegt werden wird, ohne Defizit abschließen soll, und daß dann zum ersten Male auf der Passivseite ein Betrag zur Verminderung der schwebenden Schulden eingesetzt werden soll. Der Stand der Schuld am 31. 5. d. J. zeigt, daß sie im Finanzjahr 1923/24 um 4,4 Milliarden vermindert worden ist. Den größten aber Erhöhungen von 3,5 Milliarden gegenüber für die neue Schiffauweisung und für die Kriegsbeschädigten.

Amerikanische Präsidentenwahl.

e. New York, 27. 6. (Eigenbericht.) Unter den fünfzehn Präsidentschaftskandidaten, die beim demokratischen Konvente vorgeschlagen worden sind, sind die Aufstellung des Gouverneurs Smith und Mc Adoos den meisten Beifall.

Noch vor den Probeabstimmungen der nächsten Woche haben Mc Adoos Anhänger Wilsons politisches Testament angenommen, das Angeklagt Eintritt in den Völkerbund empfiehlt.

Nach der Zusammenkunft.

Von unserem Berichterstatter.

a. London, 25. Juni.

Als Herr Herriot auf der Reise nach London war, berät, zwischen Paris und Calais, die Lokomotive seines Zuges in Unordnung und verursachte eine Verspätung von 1½ Stunden. Diese französische Lokomotive hat eine bemerkenswerte diplomatische Begabung. Sie ermöglichte nicht nur, daß Herr Herriot sich gründlich mit dem General Nollet aussprechen konnte, der ihn begleitete, sondern auch, daß er ein dringendes Telegramm des Londoner Botschafters erhielt mit der Nachricht, daß Herr Mac Donald bei den Besprechungen in Chequers einer Vertreter des Foreign Office, Sir Eyre Crowe, zur Seite haben werde. Nun war bekanntlich von englischer Seite immer versichert worden, daß die Verhandlungen der beiden Ministerpräsidenten einen rein persönlichen Charakter haben und daß keine Sachverständigen ihnen beiwohnen würden. Aber Herr Herriot, der offenbar nicht zu den Dummen gehört, wußte wohl genahm haben, und er hatte für alle Fälle auch den Unterpostsekretär des Quai d'Orsay, Herrn Berzeji della Rocca, in seiner Begleitung. Dieser hatte sofortigen Anschluß, wie der General Nollet, nun bis Calais mitfahren, aber nun beschloß man fürzerhand, daß er den Ministerpräsidenten auf der ganzen Reise begleiten solle. Der Sekretär des Herrn Mac Donald, der den französischen Gast auf Victoria Station erwartete, soll ein etwas langes Gesicht gemacht haben, als er statt einen zweiten französischen Unterhändler aus dem Zuge steigen sah. Aber natürlich begrüßte man den unerwarteten Gast dennoch mit großer Freude, und da Herr Berzeji ohne Gepäck reisen, mußte sogar eine Zahnbürste und ein Schlafanzug für ihn beschafft. Denn für den europäischen Frieden ist bekanntlich kein Opfer zu groß.

Die Darstellungen, die über den Verlauf der Konferenz aus französischer Quelle bekannt wurden, dürften im wesentlichen richtig sein, wenigstens ist ihnen auf englischer Seite bisher nicht widersprochen worden. Sie zeigen, daß die Besprechungen über den Finanzbericht aus englische mit den politischen Fragen verbunden wurden, wovon so von vornherein nicht zu zweifeln war. Ob indessen, wie in Paris behauptet wird, Mac Donald tatsächlich Verpflichtungen übernahm, die man nur als Anfänge eines neuen Defensiv-Abkommens bezeichnen müßte, dürfte doch überaus fraglich sein. Was man von französischer Seite über die vorgeschlagene Abänderung der Genfer Einzelfragen hörte, klang für deutsche Ohren wenig erfreulich und ließ den Eindruck entstehen, daß es sich in der Hauptsache um neue Formulierungen für die alten Forderungen Poincarés handele. Vielleicht geht indessen diese Befürchtung zu weit. Tatsache ist, daß die europäische Konjunktur heute derart auf die Tücke gerichtet ist, daß jeder Vorschlag, der einen oder anderen Seite deuten und auch anwenden läßt. Immerhin scheint die Lage in einigen Punkten gestiegen klar, besonders in der Räumungsfrage. Wie in englischen Blättern behauptet wurde, daß Herriot auf die militärische Besetzung des Ruhrgebietes nicht mehr unbedingt Wert lege, und daß er ohne weiteres zur Zurückziehung der Truppen bereit sei, so war das offenbar auf die Wirkung in Deutschland berechnet. Im Hinblick auf die Rechnung in dieser Frage der Unterschied zwischen Poincaré und Herriot überaus gering (Poincaré: Räumung im Ver